

## Formblatt 2.1: Erklärungen zur persönlichen Lage

### Angabe des Bewerbers

Diese Erklärungen sind von Einzelbewerbern und von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen.

Name des Bewerbers

Straße und  
Hausnummer

PLZ und Ort

Land

Internetadresse

Ansprechpartner

E-Mail

Telefon

Dieses Formblatt dient als Deckblatt der Selbstdarstellung des Bewerbers. Die Selbstdarstellung ist als Anlage dem A beizufügen.

### Abschließende Erklärung

Der Bewerber ist sich darüber bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärungen den Ausschluss von diesem und ggf. weiteren Aufträgen zur Folge hat. Werden diese Umstände nach Zuschlagserteilung bekannt, besitzt der Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

**Formblatt 2.2: Erklärungen im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung**

**Angabe des Bewerbers**

Diese Erklärungen sind von Einzelbewerbern und von Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen.

Name des Bewerbers

Der Bewerber erklärt, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen der im Folgenden genannten Straftaten verurteilt worden ist oder dass gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach

- § 89 c des deutschen Strafgesetzbuches – Terrorismusfinanzierung – in Bezug auf die Begehung einer Tat nach § 89a des deutschen Strafgesetzbuches,
  - § 108e des deutschen Strafgesetzbuches – Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern,
  - § 129 des deutschen Strafgesetzbuches – Bildung einer kriminellen Vereinigung,
  - § 129a des deutschen Strafgesetzbuches – Bildung einer terroristischen Vereinigung,
  - § 129b des deutschen Strafgesetzbuches – Tätigkeit einer kriminellen oder terroristischen außerhalb Deutschlands,
  - §§ 232, 233 des deutschen Strafgesetzbuches – Menschenhandel oder § 233a des deutschen Strafgesetzbuches – Förderung des Menschenhandels,
  - § 261 des deutschen Strafgesetzbuches – Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte
  - § 263 des deutschen Strafgesetzbuches – Betrug,
  - § 264 des deutschen Strafgesetzbuches – Subventionsbetrug,
  - § 299 des deutschen Strafgesetzbuches – Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr,
  - § 333 des deutschen Strafgesetzbuches – Vorteilsgewährung,
  - § 334 des deutschen Strafgesetzbuches – Bestechung,
  - §§ 333, 334 in Verbindung mit § 335a des deutschen Strafgesetzbuches – Geltung für ausländische und internationale Bedienstete,
  - Artikel 2 § 2 des deutschen Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung
- oder gleichwertigen Bestimmungen anderer Staaten.

Erlangt der Auftraggeber Kenntnis davon, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, auf Grundlage der o.g. Normen rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach den o.g. Normen, so wird das Angebot ausgeschlossen, sofern hiervon nicht abgewichen werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

**Formblatt 2.3: Erklärung im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen**

**Angabe des Bewerbers**

Diese Erklärungen sind von Einzelbewerbern und von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen.

|                    |  |
|--------------------|--|
| Name des Bewerbers |  |
|--------------------|--|

Der Bewerber erklärt, dass das Unternehmen allen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Sollte Gegenteiliges der Fall sein und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden sein oder die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer solchen Verpflichtung nachweisen können, wird das Angebot ausgeschlossen, sofern hiervon nicht abgewichen werden kann.

|            |                             |
|------------|-----------------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift, Firmenstempel |
|------------|-----------------------------|

Formblatt 2.4: Erklärungen im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichem Fehlverhalten

Angabe des Bewerbers

Diese Erklärungen sind von Einzelbewerbern und von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen.

Name des Bewerbers

1. Der Bewerber erklärt, dass er nicht gegen seine umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen hat. Falls ein solcher Vorstoß vorliegt, erklärt der Bewerber, dass er selbstreinigende Maßnahmen durchgeführt hat und beschreibt diese.

2. Der Bewerber erklärt, dass er

- a) nicht zahlungsunfähig ist,
- b) sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation befindet,
- c) sich nicht in einem Vergleichsverfahren befindet,
- d) sich nicht aufgrund eines in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage befindet,
- e) seine Vermögenswerte nicht von einem Insolvenzverwalter oder einem Gericht verwaltet werden oder
- f) seine Tätigkeit eingestellt worden ist.

3. Der Bewerber erklärt, dass er im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat.

4. Der Bewerber erklärt, dass er mit anderen Wirtschaftsteilnehmern keine Vereinbarungen getroffen hat, die auf eine Verzerrung des Wettbewerbs abzielen.

5. Der Bewerber erklärt, dass er aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren keinen Interessenskonflikt sieht.

6. Der Bewerber erklärt, dass weder er noch ein mit ihm in Verbindung stehendes Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber beraten hat oder auf andere Art und Weise an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens beteiligt war.

7. Der Bewerber erklärt, dass in der Vergangenheit kein zwischen ihm und einem öffentlichen Auftraggeber geschlossener Vertrag über die Vergabe eines öffentlichen Auftrags oder einer Konzession vorzeitig beendet oder Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen nach sich gezogen hat. Falls dies doch der Fall sein sollte, so beschreibt der Bewerber die Umstände, die dazu geführt haben und führt aus, ob er selbstreinigende Maßnahmen getroffen hat und beschreibt diese.

8. Der Bewerber bestätigt, dass er

- a) sich bei seinen Auskünften zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien keiner schwerwiegenden Täuschung schuldig gemacht hat,
- b) keine derartigen Auskünfte zurückgehalten hat,
- c) in der Lage sein wird, die von einem öffentlichen Auftraggeber verlangten zusätzlichen Unterlagen unverzüglich vorzulegen, und

|  |                             |
|--|-----------------------------|
| <p>d) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig irreführende Informationen zu übermitteln, die die Entscheidungen über Ausschluss, Auswahl oder Zuschlag erheblich beeinflussen könnten.</p> |                             |
|  |                             |
| Ort, Datum   | Unterschrift, Firmenstempel |

## Formblatt 2.5: Erklärung zur Bildung einer Bietergemeinschaft

### Angabe des Bewerbers

Diese Erklärung ist nur bei Bildung einer Bietergemeinschaft auszufüllen. Diese Erklärung ist von allen Mitgliedern auszufüllen und zu unterzeichnen.

|   |  |
|---|--|
| Name des 1. Mitgliedes der Bietergemeinschaft |  |
| Straße und Hausnummer                         |  |
| PLZ und Ort                                   |  |
| Land  |  |
| Internetadresse                               |  |
| Ansprechpartner                               |  |
| E-Mail  |  |
| Telefon                                       |  |
|   |  |
| Name des 2. Mitgliedes der Bietergemeinschaft |  |
| Straße und Hausnummer                         |  |
| PLZ und Ort                                   |  |
| Land  |  |
| Internetadresse                               |  |
| Ansprechpartner                               |  |
| E-Mail  |  |
| Telefon                                       |  |

|   |  |
|---|--|
| Name des 3. Mitgliedes der Bietergemeinschaft |  |
| Straße und Hausnummer                         |  |
| PLZ und Ort                                   |  |
| Land  |  |
| Internetadresse                               |  |
| Ansprechpartner                               |  |
| E-Mail  |  |
| Telefon                                       |  |

| Abschließende Erklärung  |  |
|--|--|
| Organisatorische Regelung  |  |
| Bevollmächtigter Vertreter<br>(Vollmacht ist dem Antrag beizufügen)  |  |
| Die Bietergemeinschaft ist sich darüber bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärungen den Ausschluss von diesem und ggf. weiteren Aufträgen zur Folge hat. Werden diese Umstände nach Zuschlagserteilung bekannt, besitzt der Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt. Die Bietergemeinschaft erklärt, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. |  |
|  |  |
| Ort, Datum   | Unterschrift, Firmenstempel 1.Mitglied |
|  |  |
| Ort, Datum   | Unterschrift, Firmenstempel 2.Mitglied |
|  |  |
| Ort, Datum   | Unterschrift, Firmenstempel 3.Mitglied |

Formblatt 2.6: Erklärung zum Einsatz von Subunternehmer

Angabe des Bewerbers

Zur Leistungserbringung beabsichtigen wir für die folgende Leistungen Subunternehmer einzubinden.

|                          |  |
|--------------------------|--|
| Leistung                 |  |
| Name des Subunternehmers |  |
| Straße und Hausnummer    |  |
| PLZ und Ort              |  |
| Land                     |  |
| Internetadresse          |  |
| Ansprechpartner          |  |
| E-Mail                   |  |
| Telefon                  |  |
|                          |  |
| Leistung                 |  |
| Name des Subunternehmers |  |
| Straße und Hausnummer    |  |
| PLZ und Ort              |  |
| Land                     |  |
| Internetadresse          |  |
| Ansprechpartner          |  |
| E-Mail                   |  |
| Telefon                  |  |



|                          |  |
|--------------------------|--|
| Leistung                 |  |
| Name des Subunternehmers |  |
| Straße und Hausnummer    |  |
| PLZ und Ort              |  |
| Land                     |  |
| Internetadresse          |  |
| Ansprechpartner          |  |
| E-Mail                   |  |
| Telefon                  |  |

| Abschließende Erklärung   |                             |
|---|-----------------------------|
| <p>Der Bewerber ist berechtigt, Teile der Leistung durch Dritte (Subunternehmer) erbringen zu lassen.</p> <p>Mit der Angebotsabgabe sind alle Leistungen und Subunternehmer zu benennen. Der Bewerber ist verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen zu verfahren.</p> |                             |
|   |                             |
| Ort, Datum  | Unterschrift, Firmenstempel |

|   |  |
|---|--|
| Formblatt 2.7: Erklärungen des Bewerbers zu seiner Berufsausübung |  |
|---|--|

|  |  |
|--|--|
| Angabe des Bewerbers bzw. Bietergemeinschaften |  |
|--|--|

Diese Erklärungen sind von Einzelbewerbern und von bevollmächtigten Vertretern einer Bietergemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen.

|                    |  |
|--------------------|--|
| Name des Bewerbers |  |
|--------------------|--|

|                      |  |
|----------------------|--|
| Berufsgenossenschaft |  |
|----------------------|--|

|                        |  |
|------------------------|--|
| Zuständiges Arbeitsamt |  |
|------------------------|--|

|   |  |
|---|--|
| Der Bewerber erklärt, dass er Mitglied der fachlich zuständigen Berufsgenossenschaft ist. |  |
|---|--|

|            |  |
|------------|--|
| Ort, Datum |  |
|------------|--|

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Unterschrift, Firmenstempel |  |
|-----------------------------|--|

**Formblatt 2.8: Erklärungen des Bewerbers zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit**

**Angabe des Bewerbers bzw. Bietergemeinschaften**

Diese Erklärungen sind von Einzelbewerbern und von bevollmächtigten Vertretern einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen. Entsprechende Nachweise sind als Kopien beizufügen.

|                    |  |
|--------------------|--|
| Name des Bewerbers |  |
|--------------------|--|

Der Bewerber erklärt,

dass er eine Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung,- für Personen, Sach- und Vermögensschäden und eine Inbetriebnahme- und Montageversicherungen sowie eine Feuerversicherung mit einer jeweiligen Deckungssumme von mindestens EUR 2.000.000,- besitzt. Durch den Bieter ist sind die Nachweise dazu zu erbringen. Die Vorlage in nicht beglaubigter Kopie ist zulässig.

dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis Ablauf der Gewährleistung abzuschließen. Diese Erklärung ist unwiderruflich.

Durch den Bewerber ist ferner der Nachweis dazu zu erbringen, dass ein Versicherer zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung mit dem Bewerber bereit ist.

Die Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie) ist ausreichend.

|            |                             |
|------------|-----------------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift, Firmenstempel |
|------------|-----------------------------|

**Formblatt 2.9: Erklärungen des Bewerbers zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit**

**Angabe des Bewerbers bzw. Bietergemeinschaften**

Diese Erklärungen sind von Einzelbewerbern und von bevollmächtigten Vertretern einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen und zu unterzeichnen. Entsprechende Nachweise sind als Kopien beizufügen.

Name des Bewerbers

Der Bewerber erklärt,

dass er nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,00 Euro belegt worden ist.

dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG (Mindestlohngesetz) nicht vorliegen, dass wir also nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden sind.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel